



Komitee  
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

# EU-No

Postfach, 3001 Bern  
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

EU-No Newsletter vom 1. Oktober 2020

## **Kritik am Rahmenabkommen macht sich breit**

**Vergangene Woche äusserte sich Alt-Bundesrat Johann Schneider-Ammann (FDP) ungewohnt direkt und kritisch zum Rahmenabkommen. Gefolgt sind dann auch deutlich ablehnende Statements der Sozialpartner, namentlich von Gewerkschaften und Gewerbeverband. Als Letzter in diese Reihe gesellte sich CVP-Präsident Gerhard Pfister. Die Argumentation von EU-No, dass das Problem beim Rahmenabkommen die automatische Rechtsübernahme, die Unterstellung unter das EU-Gericht und die Straf- und Sanktionsmassnahmen sind, wird damit nun sehr breit bestärkt. Ob die breite Kritik anhält, bleibt abzuwarten.**

### **Sozialpartner stellen sich gegen das Rahmenabkommen**

Nur wenige Tage nach Schneider-Ammanns Appell gegen das Rahmenabkommen wurde ein Brief der Sozialpartner mit einer Stellungnahme zum vorgeschlagenen institutionellen Abkommen an den Bundesrat publik. Die Sozialpartner – zusammengesetzt aus Travail.Suisse, dem Gewerkschaftsverbund, dem Gewerbe- und dem Arbeitgeberverband – kritisieren gemeinsam, dass das vorgeschlagene Rahmenabkommen «unseren Lohnschutz unterhöhlt» und damit die Schweizer Löhne gefährdet. Aufgrund der im Abkommen fehlenden Schranken gegen das Unionsbürgerrecht verlangen die Sozialpartner ausserdem Garantien von der EU, dass EU-Bürger nicht an Schweizer Sozialleistungen anzapfen können, ohne jemals in der Schweiz gearbeitet zu haben. Als dritter Punkt wird nicht akzeptiert, «dass die Schweiz neue EU-Gesetze fast automatisch übernehmen muss (dynamische Rechtsübernahme) und dass in Streitfällen der europäische Gerichtshof als letzte Instanz entscheidet.» Diese institutionelle Kritik zeigt denn auch den Kern des Problems auf: Es geht um unsere Selbstbestimmung und Demokratie.

### **Kritik von Rechts über Mitte bis nach Links**

Schneider-Ammann bläst ebenso in dieses Rohr. Der Liberale verdeutlicht, «eine faktische Unterstellung des Schiedsgerichts unter den EuGH geht zu weit» und sieht zurecht, «das in den bilateralen Verträgen gefundene Gleichgewicht zwischen staatlicher Souveränität und Binnenmarktzugang ist im Entwurf des InstA (vom 23.



Komitee  
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

# EU-No

Postfach, 3001 Bern  
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

November 2018) auf Kosten der Schweiz verloren gegangen.» Der Bilateralismus wird also fundamental verändert. Die Problematik gehe weiter: «Die Erweiterung der Guillotineklausel im neuen Vertragssystem, das ohnehin schon neue Sanktionsmöglichkeiten – in der Form von sogenannten Ausgleichsmassnahmen – vorsieht, ist ungerechtfertigt.» Argumente, für welche unser Komitee schon lange plädiert, gelangen nun also mit Nachdruck an die breite Öffentlichkeit.

Nach der Abstimmung vom Sonntag meldete sich auch Gerhard Pfister als Präsident der CVP zu Wort und sprach sich deutlich für selbiges aus: «Wir müssen endlich über das grundlegende Problem reden: die Souveränität. Die Rolle des Europäischen Gerichtshofs im Rahmenabkommen ist toxisch. Es kann nicht sein, dass ein einseitig europäisches Gericht über das Verhältnis zwischen der EU und einem Nichtmitglied entscheidet.» Auch die Unionsbürgerrichtlinie lässt er nicht aussen vor und betont, dass diese den Gedanken der Personenfreizügigkeit weit ausdehne. «Damit würde die Schweiz in die EU faktisch integriert», was nicht in unserem Sinne sein kann. Genau dies sei jedoch das Ziel der EU, wodurch die EU sich kaum kompromisswillig zeigen dürfte und das Rahmenabkommen möglicherweise für tot erklärt. Dieses Statement zeigt denn auch, dass das Rahmenabkommen eben einen faktischen EU-Beitritt bedeutet, wir würden in die EU eingegliedert, institutionell und inhaltlich.

## «Der Todesstoss für das politische Rahmenabkommen»

Sogar die Sozialpartner als Vertreter linker Politikinteressen gehen so weit, dass sie empfehlen, Fragen der Personenfreizügigkeit komplett aus dem Abkommen auszunehmen, um Zustimmung in der Schweiz zu finden und eine Chance nach Mehrheitsfähigkeit zu haben. Genau hier lässt sich die folgende Aussage Pfisters wunderbar einbetten: «Die Stärke unseres Systems ist, dass es alle relevanten Kräfte in die Regierung einbindet». Also die Interessen aller wahren und genau dies macht die EU schon nur bezüglich der Interessen des Vertragspartners – der Schweiz – nicht. Unsere Werte werden von der Union nicht akzeptiert, weshalb wir uns unbedingt und bestmöglich geschlossen gegen eine solche Integration in die EU-Strukturen wehren müssen. Die aktuellen Stellungnahmen indizieren dies. Es wird deutlich, dass sich die Schweiz hin von der SVP, welche seit Jahren bspw. gegen fremde Richter kämpft, über die Mitte und liberale Kreise bis zu linken Vertretern geschlossen gegen den aktuellen Vorschlag des Rahmenabkommens steht und die direkte Demokratie, die Souveränität und Schweizer Eigenheiten wie Lohnschutz und Tierschutz verteidigen wollen. Gerade wegen dieser breit und vielseitig angelegten Kritik an der EU hält auch Nathalie Christen als Bundeshauskorrespondentin vom SRF fest: «Das dürfte der Todesstoss sein für das politische Rahmenabkommen».